

// Im Blickpunkt

Die gesellschaftsrechtlichen Neuregelungen des zum 29.5.2009 in Kraft getretenen Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) dienen im Wesentlichen der Erweiterung und Verbesserung der Corporate Governance, insbesondere der auf den Kapitalmarkt ausgerichteten Gesellschaften. Wesentlich ist hierfür u. a. die Aufnahme eines unabhängigen Finanzexperten in den Aufsichtsrat kapitalmarktorientierter Gesellschaften. *Widmann* analysiert die Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen diese Neuregelung und skizziert Auswirkungen auf die Pflichten des Aufsichtsrats. Der Frage, was konkret unter dem gesetzlich nicht definierten Begriff der Unabhängigkeit zu verstehen ist, geht *Kirsten* in seinem Standpunkt auf S. 2637 (in diesem Heft) nach. Ob der „unabhängige Finanzexperte“ zu einem Betätigungsfeld für Wirtschaftsprüfer werden kann, zeigt *Lanfermann* auf der „Letzten Seite“ in diesem Heft auf.

Dr. Martina Koster, Ressortleiterin Wirtschaftsrecht

**Entscheidungen****BGH: Anspruch des Destinatärs auf Stiftungsleistungen**

Der BGH hat mit Urteil vom 7.10.2009 – Xa ZR 8/08 – entschieden, dass ein Anspruch des Destinatärs auf Stiftungsleistungen durch Satzung, durch einseitige Zuerkennung durch ein Stiftungsorgan oder durch Vertrag begründet werden kann. Dabei handelt es sich auch dann nicht um ein Schenkungsversprechen, wenn die Zuwendung unentgeltlich erfolgt; Rechtsgrund für derartige Zuwendungen ist der Stiftungszweck selbst.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-2601-1 unter www.betriebs-berater.de

BGH: Optimistische Erwartung als Basis einer Anlageempfehlung

Mit Urteil vom 27.10.2009 – XI ZR 337/08 – hat der BGH entschieden: Auch eine optimistische Erwartung der Entwicklung einer Kapitalanlage darf einer Anlageempfehlung zugrunde gelegt werden, wenn die diese Erwartung stützenden Tatsachen sorgfältig ermittelt sind und die darauf gestützte Prognose der künftigen Entwicklung aus damaliger Sicht vertretbar ist. Darüber hinausgehende Risikoabschläge, die der einer Prognose innewohnenden Unsicherheit Rechnung tragen sollen, sind für eine angemessene Darstellung des Risikos der Anlage nicht erforderlich.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-2601-2 unter www.betriebs-berater.de

BGH: Anlageprospekt – Wiederaufleben der Kommanditistenhaftung

Der BGH hat mit Urteil vom 9.11.2009 – II ZR 16/09 – entschieden: Wird im Anlageprospekt einer Publikums-KG darauf hingewiesen, dass nach § 172 Abs. 4 HGB die Kommanditistenhaftung wieder aufleben kann, besteht zu einer abstrakten Erläuterung dieser Rechtsvor-

schrift keine Verpflichtung. Es reicht aus, wenn die erteilten Hinweise dem Anleger das sich aufdrängende Wiederaufleben der Haftung des Kommanditisten vor Augen führen.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-2601-3 unter www.betriebs-berater.de

BGH: Unwirksame Garantiefälligkeitsklausel in AGB-Gebrauchtwagen

Mit Urteil vom 14.10.2009 – VIII ZR 354/08 – hat der BGH entschieden: Eine Klausel in einem formularmäßig abgeschlossenen Gebrauchtwagen Garantievertrag, nach der die Fälligkeit der versprochenen Garantieleistung von der Vorlage einer Rechnung über die bereits durchgeführte Reparatur abhängt, ist wegen unangemessener Benachteiligung des Käufers/Garantienehmers unwirksam. Dasselbe gilt für eine Klausel, die dem Käufer/Garantienehmer die Obliegenheit auferlegt, vom Fahrzeughersteller empfohlene Wartungsarbeiten ausschließlich in der Werkstatt des Verkäufers durchzuführen und im Falle der Unzumutbarkeit eine Genehmigung („Freigabe“) des Verkäufers einzuholen.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-2601-4 unter www.betriebs-berater.de

BGH: Wucherähnliches Rechtsgeschäft und verwerfliche Gesinnung

Mit Urteil vom 9.10.2009 – V ZR 178/08 – hat der BGH entschieden: Die tatsächliche Vermutung, nach der von einem groben Missverhältnis von Leistung und Gegenleistung auf die verwerfliche Gesinnung des hiervon begünstigten Vertragsteils zu schließen ist, erleichtert der davon nachteilig betroffenen Partei zwar die Darlegung und die Beweisführung für das Vorliegen des subjektiven Merkmals eines wucherähnlichen Rechtsgeschäfts, befreit sie aber nicht von ihrer Behauptungslast.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-2601-5 unter www.betriebs-berater.de

Gesetzgebung**DIHK: Vorschläge zur Verbesserung des Insolvenzplanverfahrens**

Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHK) hat vor dem Hintergrund steigender Insolvenzzahlen bei kleinen und mittelständischen Unternehmen zehn Vorschläge zur Verbesserung des Insolvenzplanverfahrens unterbreitet. Die Vorschläge sehen u. a. eine Stärkung der Eigenverwaltung und des Gläubigereinflusses auf die Auswahl des Insolvenzverwalters, eine Abschaffung der Mindestbesteuerung von Sanierungsgewinnen sowie eine Novellierung der Abstimmungsregeln vor. Nach dem Willen des DIHK soll damit das bisher kaum genutzte Insolvenzplanverfahren für Gläubiger wie Unternehmen attraktiver gestaltet werden.

(PM DIHK vom 20.11.2009)

➔ *Vgl. dazu auch „Die Erste Seite“ von Bernsau (in diesem Heft).*

EU-Parlament: Telekom-Reform stärkt Verbraucherrechte

Bald werden die 500 Millionen EU-Bürger von mehr Wettbewerb auf Europas Telekommunikationsmärkten profitieren. Mit einer breiten Mehrheit aller Parteien hat das Europäische Parlament am 24.11.2009 auf seiner Plenarsitzung in Straßburg das EU-Telekom-Reformpaket gebilligt. Verbraucher erhalten u. a. Anspruch auf Wechsel ihres Festnetz- oder Mobilfunknetzes innerhalb eines Arbeitstags unter Beibehaltung ihrer bisherigen Rufnummer und auf Benachrichtigung durch ihren Telekomanbieter bei Datenschutzverletzungen. Zudem müssen die Anbieter den Verbrauchern die Möglichkeit geben, einen Vertrag über maximal zwölf Monate zu schließen. Dem Inkrafttreten der EU-Telekom-Reform im Dezember dieses Jahres steht damit nichts mehr im Wege. Die Mitgliedstaaten haben dann 18 Monate Zeit, die neuen EU-Telekommunikationsvorschriften in ihr nationales Recht umzusetzen.

(PM EU-Kommission vom 24.11.2009)